



festgelegt werden können? Sollte man eine freischweifige Regierung nicht besser erinieren müssen? Und hierüber be-  
nachteiligt sich das, was unter der Beamtenschaft nur allzu-  
sehr schon bekannt ist: die Minister sind heute, mehr wie vor-  
dem, von ihren Beamten vollständig abgehoben durch die  
sogenannte Geheimratswirtschaft. Ihre vollen Pflichten und  
Verpflichtungen sind dem Widerstand ihrer Geheimräte, die  
sich ihnen — da Parlamentarier und Nichtscham — un-  
entbehrlich zu machen wissen. Das ist jene Verwertung des  
Parlamentarismus, nein, es muß auch noch einen Schritt  
weiter gegangen werden, die Demokratie von unten muß auch  
in diese Klasse hineingetragen werden. Das von Bechtmann  
höchstens geringfügig über die Rechte des Präsidenten" muß  
auch bis in diese Kreise seine Wirkung erzielen praktisch er-  
halten. Was für die inneren Verwaltungsbereiche möglich  
war, muß auch bei den anderen Vorkehrungen endlich Tatfache  
werden. Der Erlaß des preussischen Eisenbahngesetzes ist  
in dieser Hinsicht ja bereits totkräftig vorangegangen, er be-  
seitigt endlich praktisch auch die Schranken zwischen den lei-  
stenden Beamtenklassen und bringt die Demokratisierung  
seiner Verwaltung in ein ganz Teil vorwärts. Zu bedauern  
bleibt nur, daß er vorläufig noch an der Klasse seiner Ge-  
heimräte Halt macht und zunächst für die Unterbeamten  
eine weiteren Aufstieg nicht vorsieht. Es muß allerdings  
anerkannt werden, daß die Demokratisierung einer Verwal-  
tung, wie der Eisenbahn, nur langsam und schrittweise vor-  
genommen werden kann, daß vor allem bei der Auswahl der  
Kreise, die hierfür in Betracht kommen, eine ganz genaue  
Prüfung einzuhalten ist, will der Apparat nicht in Unordnung  
kommen; es bleibt aber andererseits doch festzustellen,  
daß nur dann ein anderer, früherer Zug in die ganze Verwal-  
tung hineingetragen werden kann, wenn eine Durchsicht  
bis in die oberste Spitze vorgenommen wird. Gefordert  
muß aber vor allem werden, daß bei der Auswahl der Kreise  
nicht alle in eine Klasse gezogen werden, sondern die Aufstiegs-  
möglichkeiten der Ausschüsse, dann würde nur das Schmarotzertum  
in der Beamtenschaft zu neuer Blüte gelangen. Will der  
Herr Eisenbahnminister daher sein von der gesamten Be-  
amtenschaft lebhaft begrüßtes Reformwerk, wie es ja seine  
politische Laufbahn und seine christliche demokratische Über-  
zeugung erwarten lassen, dann führe er auch seinem Mini-  
sterium frisches, freischweifiges Blut aus den Kreisen seiner Be-  
amtenschaft, die draußen im praktischen Berufsleben, zu und  
gebe er auch der Unterbeamtenschaft den Aufstieg vollständig  
frei. Wir haben draußen genug fähige Kreise bei allen  
Klassen, die hierzu wohl imstande sind, und ich bin der Über-  
zeugung, daß auch bei Anwendung von der sonst vorgeschrie-  
benen „Disziplin“ nur ein Nutzen für die Verwaltung her-  
auskommen kann, wenn man die Beamtenschaft zur Mit-  
arbeit und Mitverantwortung heranzieht.  
Was aber in der großen Verwaltung der Eisenbahnen  
möglich ist, muß für die Beamtenschaft anderer Ressorts eben-  
falls ernstlich gefordert werden. Erst wenn die Verwaltungen  
und Ministerien in ihren leitenden Stellen mit frischen  
Kräften aus den praktischen Kreisen der Beamten, die auch  
an diesen tatsächlich Fühlung haben, durchsetzt sind, erst dann  
werden wir eine freischweifige Geist tragende Behandlung der  
Beamtenschaft, eine Vererbung derselben und eine  
Neubildung der Moral und Arbeitsfreudigkeit zum Segen unseres  
Vaterlandes erwarten können. Aber zum Anfang ist  
die höchste Zeit!

**Die Interaktion für die internationalisierte Militärkommission**  
WTB. Berlin, 22. Aug. In der heutigen Sitzung der  
deutschen spanischen Kommission, die in Anwesenheit der  
unter Vorsitz des Herrn Reichsministers Müller und in An-  
wesenheit der Vertreter der Ententeeregierungen, sowie der  
sinnführenden politischen Delegierten stattfand, wurde im  
Einverständnis mit letzteren die Instruktion für die in den  
nächsten Tagen nach Oberitalien reisende internationalisierte  
Militärkommission festgelegt. Die Instruktion bestimmt, daß  
die Offiziere sich über die gegenwärtige Situation informieren  
und sobald wie möglich nach Berlin zurückkehren sollen, um  
die deutsche Regierung von dem Ergebnis ihrer Reise in  
Kenntnis zu setzen. Die Kommission hat volle Bewegungs-  
freiheit, die Möglichkeit der Besprechung mit selbständigen  
Versionen und kann jederzeit die Grenze überschreiten. Die deut-  
schen Beobachter werden, die Kommission jede zue-  
wendliche Auskunft zu erteilen. Hieraus folgt, daß die Kom-  
mission weder überwachend noch gar entscheidende Informa-  
tionen dient, wie denn auch ihre Tätigkeit auf möglichst kurze  
Zeit beschränkt sein soll. Die internationalisierte Kommission wird  
sich in den nächsten Tagen nach Oberitalien begeben, um zu-  
nächst in Brescia mit dem maßgebenden Stellen in Fühlung  
zu treten. In der Sitzung wurde beiderseits hervor-  
gehoben, daß eine Anzahl deutscher Zivilpersonen aus dem  
Aufsichtsgebiet durch polnische Banden über die Grenze ent-  
führt worden sei, und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß

**Amerikas Widerstand gegen den Vertrag von Versailles.**  
Aus Washington wird gemeldet: Der Konflikt  
Wilson mit dem Senat hat sich derzeit entwickelt, daß  
die eigenmächtige Rolle, die der sogenannte Weltfriede-  
wissenschaftler gespielt hat und noch zu spielen vermag,  
immer klarer hervortritt. Während sich etwa 30 repu-  
blikanische Senatoren an den Standpunkt halten, daß  
der Friedensvertrag unersetzlich ist und  
daher verworfen werden muß, vertritt Wilson die An-  
sicht, daß das Nachwort von Versailles eine Be-  
wunderung seiner vortäuschenden Ideen sei. Aber  
auf der anderen Seite läßt er deutlich durchsickern, daß  
er an dem Buchstaben festhält, weil ihn ein un-  
ersetzlicher Haß gegen Deutschland befeuert.  
Die Verhandlungen der letzten Tage haben sich so zuge-  
spielt, daß der Präsident denkt, falls der Senat eine  
Kündigung des Vertrages beschließen sollte, sich nicht  
mehr an den Verhandlungen zu beteiligen, sondern  
Sohn und Frau nach Berlin zu senden, um einen  
Friedensvertrag mit Deutschland zu schließen.  
Im Augenblick ist die Lage so, daß die 30 Republikaner  
nur noch drei Stimmen brauchen, um den Vertrag  
von Versailles niederzukommen, und dann  
würde Wilson genötigt sein, zu zeigen, ob er es  
wagt, formell nach Amerika sehr wohl seinen An-  
schluß an den Friedensvertrag zu verweigern, ohne  
daß die europäischen Friedensverhandlungen darum  
ernstlich angesetzt werden müßten, denn die Vereinigten  
Staaten haben sich an dem Londoner Abkommen  
nicht beteiligt, das bestimmt, daß die kriegführenden  
Ententealliierten nur einen gemeinsamen Frieden  
schließen dürfen.

**Am „Evening Post“ gibt in einem Telegramm aus  
Washington eine Erklärung Wilson wieder,  
nach der der Präsident beabsichtigt, für den Fall,  
daß der Senat an seiner Ablehnung des Friedensvertrages  
bestehen sollte, den Vertrag ganz zurückzuziehen  
und die Senatoren Wege und Mittel nach Berlin zu  
suchen, um mit Deutschland einen ganz neuen  
Vertrag abzuschließen.**

**Eine heikle Frage an Wilson.**  
WTB. Amsterdam, 22. Aug. Laut Pressebureau Radio  
greift „New York Sun“ den Präsidenten Wilson an, weil er  
auf einer Konferenz mit Cumber im Weißen Hause erklärt  
habe, seiner Ansicht nach wäre es zum Kriege zwischen  
Amerika und Deutschland gekommen, auch wenn Deutsch-  
land keine Kriegs-, oder ungelieblichen Forderungen  
gegen Amerika begangen hätte. Das  
Blatt fragt unter Hinweis auf die von dem Präsidenten vor  
dem Eintritt Americas in den Krieg gehaltenen Reden, was  
Wilson mit dieser Erklärung sagen wolle.

**Protest gegen die Rechte Japans in China.**  
WTB. Berlin, 22. August. Wie der Washingtoner  
Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ meldet, ver-  
breitete sich vor dem Senatsausgang für auswärtige Ange-  
legenheiten der erste Vorstoß des Präsidenten der Vereinig-  
ten Staaten, bezüglich der Rechte, die Japan sich  
in China hat zunutzen lassen. Nach seiner Ansicht bereite  
Japan die vollständige Unterwerfung Chinas vor.  
Zum Beweise dieser unterbreite er dem Ausschuss ein  
Verzeichnis der japanischen Interessen in China und der An-  
sprüche, die es demnach noch zu erheben gedenke.

**Die Selbständigkeit Koreas proklamiert**  
WTB. Amsterdam, 22. Aug. Laut Pressebureau Radio  
meldet die „New York Tribune“, in Tokio sei ein förmlicher  
Erlaß veröffentlicht worden, durch den die Selbständigkeit  
Koreas verhängt wird.

**Die Stellung der Deutschen in China.**  
WTB. Amsterdam, 22. August. Associated Press meldet aus  
Peking, daß der Erlaß, durch den der Kriegsausstand mit Deutsch-  
land für beendet erklärt wird, nicht verifiziert werden wird,  
bevor der Friedensvertrag mit Oesterreich unterzeichnet worden  
ist. Anschließend wird die Regierung, welche Maßnahmen er-  
greifen werden sollen, wenn der Erlaß verifiziert werden wird,  
mit den Deutschen auch in Zukunft das Recht der Exterri-  
torialität versehen lassen.

**Die ganze jüdische Bevölkerung einer ukrainischen  
Stadt ermordet.**  
WTB. Amsterdam, 22. Aug. Die englischen Blätter  
vom 20. melden, daß in Kosow, ein jüdisches Dorf in  
„Rumänien“, in der Ukraine eingestrichelt sind. Die an-  
tische „Kosowitzer“ meldet, daß allein in der Provinz Bessarabien  
5000 Juden durch ukrainische Soldaten er-  
mordet worden sind. Die gesamte jüdische Bevölke-  
rung der Stadt Bliessrow (Brosowum?) sei ausgerottet  
worden. 100000 Juden hätten sich nach dem Be-  
zirk Kiew geflüchtet.

**Die Engländer lassen Radet nicht nach Russland.**  
WTB. Berlin, 22. August. Die „Zoll. Ag.“ meldet: Karl  
Radet sollte nach seiner Heftigkeit nach Russland abgeholt  
werden. Wie wir erfahren, haben die englischen Behörden in  
Peking sich geweigert, ihn durchzulassen, obwohl Radet sich er-  
höht gemacht hat, in Moskau gegen die weitere Selbstent-  
scheidung unter der englischen Krone in Russland einzu-  
treten. Es heißt daher einflussreich nichts übrig, als Radet  
in Genuß zu behalten.

**Der englische Botschafter für Berlin.**  
WTB. Berlin, 22. Aug. Nach der Pariser Ausgabe  
der „Daily Mail“ ist für den Posten des englischen Botschaf-  
ters in Berlin in Aussicht genommen der jetzige eng-  
lische Gesandte in Bern, Kumbold, der er-  
teilt werden soll durch Theophil Assel. Nach demselben Blatte  
verläßt Viscount Gren am 16. September England, um den  
Botschafterposten in Washington anzutreten.

**Reval — eine Flottenbasis der Engländer.**  
WTB. Kopenhagen, 22. Aug. Der Helsingfors Bericht-  
erstatter der „Nationaltidning“ will aus vertrauenswürdiger  
Quelle erfahren haben, daß Reval jetzt eine Flottenbasis der  
Engländer sei. Wie Zufahren für die russische Nordsee-  
flotte seien übrigens andernorts schlecht. Sie sei durch viele  
Defektionen von 35000 auf 15000 Mann zurückgegangen.  
Erschwerend tue alles, um seine wirtschaftlichen Interessen zu  
fördern, und verlange eine Konzeption für eine Eisenbahn  
durch Estland nach Russland. Es fänden zur Zeit Verhand-  
lungen statt über die Verpachtung von Land und Seele an  
England, das bei einem großen Handelshafen, vielleicht auch  
einen Kriegshafen anlegen will.

**Der Geldschmuggel.**  
WTB. Berlin, 22. Aug. Ueber den Geldschmuggel, der  
seit mehreren Tagen die Öffentlichkeit lebhaft beschäftigt,  
erfahren wir folgendes: Von amtlicher Seite ist bisher über  
die Geldschmuggelangelegenheit überhaupt nichts bekannt ge-  
geben worden. Alles, was in der Presse veröffentlicht wurde,  
auch die Angabe über den Eigentümer des Geldes, beruht auf  
freier Erfindung oder bloßen Mutmaßungen. Der Berliner  
Kriminalpolizei liegt noch kein Bericht der noch auswärts  
enthaltenen Beamten vor. Sowie der Bericht eingehangen ist  
oder die Ermittlungen abgeschlossen sind, wird die Öffentlich-  
keit über den Verlauf der Angelegenheit in vollem Um-  
fange unterrichtet werden.

**Ablehnung des Schiedspruches seitens der  
Bankeleitungen.**  
WTB. Hamburg, 22. Aug. Der Verband der Hamburger  
Bankeleitungen hat den Schiedspruch des Schlichtungsaus-  
schusses des Reichsarbeitsministeriums unter der Begründung  
abgelehnt, daß der neue Schiedspruch den Bankeleitungen  
wesentlich größere Rechte aufzuerlege, als der vor-  
herige abgelehnte Hamburger Schiedspruch, da die

Methode, den Unterschied von Angebot und Forderung ganz  
schematisch zu halten, ein befriedigendes Ergebnis nicht  
verschaffen könne. Der Verband der Bankeleitungen bemerkt,  
daß dem Reichsarbeitsministerium das Recht nicht zustehe,  
die mangelnde Zustimmung der Bankeleitungen durch eine von  
Vorherigen des Schlichtungsausschusses in Aussicht gestellte  
Verbindlichkeitsklärung zu ersetzen, und daß die Banke-  
leitungen fest entschlossen seien, mit allen gesetzlichen Mitteln  
gegen eine solche Verbindlichkeitsklärung vorzugehen und  
die Entscheidung der obersten Instanz anzufordern.

**Eine Referentin für weibliche Postbeamte.**  
WTB. Berlin, 22. August. Die Referentin für die An-  
gaben über die weiblichen Postbeamten der Reichs-Post- und  
Telegraphenverwaltung des Reichsarbeitsministeriums in Darmstadt, an das Reichs-Postmini-  
sterium berufen worden.

**Deutsches Reich.**  
**Schiedspruch in der Versicherungsbranche.**  
WTB. Berlin, 22. Aug. Der zur Schlichtung von Arbeits-  
streitigkeiten zwischen dem Arbeitgeberverband deutscher Ver-  
sicherungsunternehmen in Berlin und dem Verband der  
deutschen Versicherungsbeamten in München zusammen-  
gesetzte paritätische Schlichtungsausschuss hat in seiner  
letzten im Reichsarbeitsministerium abgehaltenen Sitzung  
einen Schiedspruch gefällt, in dem es unter anderem heißt:  
„Der Schlichtungsausschuss erachtet es nicht für notwendig,  
die Arbeit für der Angehörigen verhältnismäßig ver-  
pflichtet ist, aus anderen als gesetzlichen Gründen vorzeitig  
zurückzutreten. Die Entscheidung damit, daß den Angehörigen keine  
Streikarbeit zugemutet werden kann, entspringt der gesetzlichen  
Grundlagen.“

**Ausland.**  
**Die Zustände im estländischen Meer.**  
Amsterdam, 22. Aug. Die englischen Blätter vom 10.  
bringen einen Kurzermeldung, der zufolge die Zustände im  
estländischen Meer keineswegs befriedigend sein wollen. Bei  
einer Meuterei der großen Garnison Dorpat wurden auf Be-  
fehl des Kommandierenden Generals 50 Meutere erschossen.

**Das Reformprogramm Danmarks.**  
Amsterdam, 22. Aug. Den englischen Blättern vom 22.  
zufolge hat Danzig das britische Kriegsamt kein Re-  
formprogramm veröffentlicht. Es umfasst unter  
anderem die Errichtung einer Staatskontrolle über die In-  
dustrien im Interesse der nationalen Sparpolitik, eine Dena-  
tionalisierung der Erdölwirtschaft sowie eine Ver-  
einfachung der Einkünfte der Einkommen der arbeitenden  
Klassen, die unter Mitwirkung der Arbeitgeber und Arbeit-  
nehmer zustande kommen soll.

**Halle und Umgegend.**  
Halle, den 23. August 1919.  
**Tiere als Simulanten.**  
Eine freundlicheelerin schreibt uns: In dem Straftat „Versto-  
ßen als Simulant“ in der Unterhaltungsbeilage der geliebten  
„Scale-Zeitung“ möchte ich bemerken, daß auch junge Tiere  
genau wie ein kleiner Bär ausseh. konnte ich immerlich tun,  
wenn er beobachtet wurde. Bei folgendem Fall scheint er sich aber  
als wirklicher Kandidat. Er begleitete uns ganz auf unsere  
Sozialerzähner und lief immer vernünftig voran. In dem 5. Et-  
tage schlief er aber beim Aufsteigen zu Boden, denn,  
als er mich auf einem Weg in die Stadt begleitete, folgte er  
mit eingesenem Schwanz hinterher und lächelte: auf mein  
freundliches Zureden wurde es nur noch schlimmer — er tridte  
mit dem einen Vorderbein ganz ein, — so, daß ich mich nach einer  
Drohhle umschau. Da aber keine solche zu sehen war, und mit der  
Drohhle sah ich, lehnte ich mich an einen Baum, war mein  
Bär geblieben — sahst vernünftig und ganz gesund sprang er vor  
mit her.

**Neue unterirdische Telegraphenleitungen.** Die Ober-  
leitung in Halle gibt bekannt, daß der Plan über die Her-  
stellung einer unterirdischen Telegraphenleitung in der äußeren  
Deutscher Straße bis Hildesfeld bei dem Telegraphenamt in Halle  
öffentlich ausliegt, desgleichen der Plan über die Herstellung einer  
unterirdischen Telefonleitung durch die Wertheimer Straße  
bis Km. 4.4 n. 15 (Kriegsanlagen), sowie in der Mansfelder Straße  
von Eisenberg über die Straße bis Km. 5.50.  
**Der Verkehr mit Ost- und Westpreußen** unterliegt keinen  
Beschränkungen mehr.  
Die Schiffsverkehrsregeln für die Eisensee sind von der Reichs-  
stelle bis auf weiteres wie folgt festgesetzt, und zwar: bei West-  
see 2 M. Rot- und Grünloß 5 M., Weingroß 4.50 M.,  
rot- und Weingroß 3.50 M., gelbe Weingroß 2.50 M.,  
weiße Weingroß 1.50 M. und Zwiebeln 1.50 M. 1.50 M. 1.50 M.  
**Schiffsverkehr** mit Preussisch-Pommern. In letzter Zeit  
haben mehrere Verträge dadurch ernstlich gefährdet worden,  
daß sie nur ohne oberflächlich bekannten Verlöbten Kaufverträge  
auf Verlegung von Söhlen, Leuten- und Zümmitteln gegen  
Vorlegung der Prädikatsurkunde abgeschlossen wurden. Wie es  
sich herausstellte, sind viele Verlöbten oder noch gewöhnlichen  
Schiffverträge gemacht. Es ist erforderlich, daß die Dux-  
loß der Verträge, sowie die Prädikatsurkunde, die Verlöbten  
sowie den Verlöbten, die es legantenen Prädikatsurkunde  
aufzuweisen, da die Dux-Verlöbten mehrere Verlöbten  
dieser Art besonders in Berlin in großen Maßstäben beschaffen

**Provinzial-Nachrichten.**  
[Wien, 22. August. (Wagenmangel in Koh-  
lenbezirk.) Aus dem Kohlenbezirk kommen Klagen dar-  
über, daß wegen Wagenmangels die in großen Mengen fertige  
gefertigten Beilagen nicht mit der Bahn weiterbefördert werden  
können. Die Witterungsstellen, Regen und Wind, machen sich  
schon seit 14 Tagen bemerkbar, die Beilagen zerfallen und geben  
zum Teil für die Volkswirtschaft verloren. Man sollte wenig-  
stens eine verstärkte Landstraße freigeben, denn es ist be-  
merkt, man, das Brennmaterial würde einem Teil der Bevölke-  
rung zugunsten, als das zugrunde liegt.  
[X. Dörfen, 22. Aug. (Wahlprüfung des Protes.)  
Bei den anhaltenden Regenwetterbedingungen ist die Wahlprüfung,  
daß das Regen bis zum 1. Oktober einen Zufluß von 100 Quart  
zum Grundreis des inländischen Brotgetreides geben will. Aus  
diesem Grunde wird Anbau demnach in den Brotreis beschließen.  
[Wien, 22. August. (Millionen. Brand-  
den.) Montag vormittag brach in der Vorstadt des Reichs-  
Rathhauses ein Gebäude ein, an der Südseite der von dem  
entzogenen Regen die Gebäude ein Schichten aus, durch das der



